

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 76 (1989)  
**Heft:** 3: Entwicklungen im Jugendalter

**Artikel:** Ein garstig Lied  
**Autor:** Uffer, Leza M.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-528230>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Ein garstig Lied

«Was sich da ereignete, hat der Politik in der Schweiz gesamthaft geschadet. Viele Reaktionen sind eindeutig: Nie wieder Politik!»

Eine Feststellung von Frau Alt-Bundesrätin Elisabeth Kopp in ihrem ersten Interview nach ihrem Fall (Weltwoche, 9.2.1989). Frau Kopp allerdings hält sich nicht an diese Parole. Mit ihrem Interview – wie zu lesen, Teil einer inszenierten Kampagne (Tagesanzeiger, 18.2.1989) – macht sie wieder Politik. Ihr Fall ist weder am noch zu Ende.

Natürlich hat sie recht. Doppelt recht. Ihr Fall hat der Politik geschadet. Und ihr Fall hat vielen die Politik verleidet.

Natürlich hat sie nicht recht. Sondern ziemlich falsch. Denn neben jenen, welche sie meint, nämlich die Leute, die (immer noch) glauben, Frau Kopp sei völlig unrecht geschehen, zählen *eigentlich* die andern, die genug von der Politik bekommen haben, weil sie den Fall Kopp jetzt pars pro toto nehmen, nämlich als schlagenden Beweis für die immerwährende Beherrschung der Politik durch wirtschaftliche Interessen, die niemals zu kontrollieren seien.

Warum zählen denn die jungen Leute, denen ich in letzter Zeit begegnete, eher zu diesen, als zu jenen?

Zurzeit gebe ich ja keinen Staatskunde- oder Staatsbürgerkunde-Unterricht. Ich kann mir aber denken, dass es nicht besonders lustig sein wird, jetzt solchen zu veranstalten, wo die ganz harmonische Orchestrierung unserer diesbezüglichen Lehrmittel fehlschlägt, weil darin bloss der Staat (Die Behörden und ihre Aufgaben...) und allenfalls der Staatsbürger (Rechte und Pflichten...) vorkommen, aber die Politik und die Interessen und die Konflikte *eigentlich* nicht. Gesetzt denn Fall, dass ich Politischen Unterricht – ein Wort das hierzulande natürlich nicht zu

verwenden ist – erteilen müsste: Wie wäre der Fall Kopp zu «bewältigen»? Hören wir uns bei den Politikern um.

«Die Schweiz ist keine Bananenrepublik, aber es gibt bei uns einige Bananen-Politiker». Folgerichtig macht Nationalrat Jean-Pierre Bonny (Coop-Zeitung, 16.2.1989) aus einer Affäre oder einem Skandal, mit welchem «gewisse Politiker» «unsere Institutionen» schlecht machen wollen, «eine Angelegenheit von Bundesrätin Kopp», mithin «eine leidige Personalangelegenheit».

Wie schnell haben die Politiker die Sache in den Griff bekommen, rühmen andere. Sie sagen dann nicht Politiker, sondern «Institutionen», um sich nicht selber rühmen zu müssen. Dann wird der Vergleich mit dem Ausland (Europafähigkeit!) bemüht – so auch Iwan Rickenbacher in der «Rundschau», 14.2.1989 –, um deutlich zu machen, wie rassig es in solchen Fällen in der Schweiz zugeht. Man vergisst darob ebensoschnell, dass erst die Mitteilung über das berühmte Telefonat durch Frau Kopp selbst den Politikern Beine machte. . .

Der Vertrauensverlust könne nicht durch PR-Massnahmen und beschwichtigende Worte behoben werden, so die Ansicht von Nationalrätin Lilli Nabholz (Brückenbauer, 15.2.1989): «Vielmehr ist ein sich Einlassen auf Misstrauen und auf Zweifel unumgänglich.» Und: «Ich meine deshalb, dass unsere Institutionen Misstrauen durchaus ertragen können, ohne dass daraus eine Staatskrise erwächst.» Aber das tönt ja schon fast staatsfeindlich! Wenn hier doch nur wieder «Institutionen» durch «Politiker» ersetzt wäre. . .

Lassen wir die Politiker. Hören wir Marion Gräfin Dönhoff zu, die unter dem Titel «Das Krebsgeschwür der Korruption» feststellt, dass wohin man blickt, Skandale die Demokratie bedrohen – selbst in der biederen Schweiz (Die Zeit, 17.2.1989). Sie schliesst ihre Betrachtung mit einer Einsicht, die auch Konsequenzen für Erziehung und Schule haben müsste: «. . . wenn es keine höheren Ziele gibt als Lebensstandard, keine andere Messlatte für Leistung, Ansehen, Wohlbefinden als das Einkommen, dann gnade Gott unserer demokratischen Lebensform.»

Leza M. Uffer